

Die Ergebnisse der Bremen-Wahlen am 22. Mai 2011 – Wahlbericht und erste Analyse

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung aufgrund des Bremer Wahlrechts	2
I. Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung	3
a) Wahlbeteiligung, neues Wahlrecht und Parteiergebnisse – ohne DIE LINKE	3
b) Das Ergebnis der Partei DIE LINKE.	6
II. Das Parteien- und Wahlsystem in Bremen	8
c) Das Parteiensystem in Bremen	8
d) Das Bremer Wahlsystem	11
III. Erkenntnisse der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen	13
a) Klares Votum für Rot-Grün unter Führung von Jens Böhrnsen (SPD)	13
b) Parteienkompetenzen und Parteieigenschaften.....	15
c) Die wichtigsten Probleme in Bremen und wahlentscheidende Themen	16
d) Ansichten über die Parteien.....	17
IV. Das Wahlergebnis und die Auswirkungen auf Bundesrat und LT-Wahlen	18
a) Auswirkungen auf den Bundesrat.....	18
b) Kein Regierungswechsel bei mittlerem Zufriedenheitswert mit dem Senat	19
V. Erste Analyse der Wahlergebnisse	21
a) Sozio-demographische Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Altersgruppen	21
b) Sozio-demographische Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Tätigkeit.....	21
c) Sozio-demographische Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Geschlecht	21
Wahlkampfberichte / Die Autoren / Vorbehalt	22

Vorbemerkung aufgrund des Bremer Wahlrechts

Aufgrund der Besonderheiten des erstmals angewendeten veränderten Bremer Wahlrechts und der damit verbundenen Frist bis zur Feststellung eines vorläufigen amtlichen Endergebnisses weichen die Auswertungen dieses Wahlnachtberichtes teilweise deutlich von den bekannten Mustern ab.

Die Wahlberechtigten im Land Bremen, bestehend aus den Teilstädten Bremen und Bremerhaven haben seit dieser Wahl die Möglichkeit, fünf Stimmen abzugeben und dabei zu panaschieren¹ und zu kumulieren².

Nach dem neuen Wahlrecht dürfen von den Parteien/Wählervereinigungen für die einzelnen Wahlen maximal so viele Bewerber aufgestellt werden, wie Sitze zu verteilen sind:

- Wahl der Bremischen Bürgerschaft - Wahlbereich Bremen: 68 Sitze
- Wahl der Bremischen Bürgerschaft - Wahlbereich Bremerhaven: 15 Sitze
- Wahl der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven: 48 Sitze
- Wahl der 22 Beiräte im Gebiet der Stadt Bremen: 7 bis 19 Sitze je nach Einwohnerzahl im Beirat

Nach Angaben des Bremischen Landeswahlleiters, wird das Gesamtergebnis für die mehr als 400 Urnen- und Briefwahlbezirke voraussichtlich erst am Mittwoch, dem 25. Mai 2011, vorliegen. Deshalb wurde beschlossen, *„in der Wahlnacht eine repräsentative Stichprobe von 70 Urnen- und Briefwahlbezirken auszuzählen, um für die Bürgerschaftswahl im Wahlbereich Bremen zumindest einen Trend hinsichtlich der Verteilung der Listen- und Personenstimmen auf die einzelnen Parteien/Wählervereinigungen abbilden zu können, nicht jedoch hinsichtlich der Personenstimmen für die einzelnen Wahlbewerber.*

*Die Auswertung der Stimmzettelhefte für die Beirätewahlen erfolgt im Anschluss an die Auszählung der Stimmen für die Bürgerschaftswahl und wird voraussichtlich bis 26./27. Mai 2011 abgeschlossen sein.*³

In der Teilstadt Bremerhaven stellt sich die Sachlage aufgrund der Kleinheit der Teilstadt etwas anders dar: *„Da für Bremerhaven insgesamt nur 95 Urnen- und Briefwahlbezirke auszuzählen sind und das Stimmzettelheft für die Bürgerschaftswahl im Wahlbereich Bremerhaven nicht so umfangreich ist, wie das für den Wahlbereich Bremen, wird es in der Wahlnacht für den Wahlbereich Bremerhaven ein vorläufiges amtliches Endergebnis geben.*

*Die Auswertung der Stimmzettelhefte für die Wahl der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven wird am Montag, dem 23. Mai 2011, erfolgen.*⁴

¹ Panaschieren (von frz. *panacher* – mischen) ist die Möglichkeit bei Personen-Mehrstimmwahlsystemen mit freier Liste seine Stimmen auf Kandidaten verschiedener Listen zu verteilen (vgl. <http://www.wahlrecht.de/lexikon/panaschieren.html>).

² Kumulieren (von lat. *cumulus* – Haufen) oder auch Häufeln ist die Möglichkeit bei Personen-Mehrstimmenwahlsystemen, mehrere Stimmen auf eine/n Kandidat/-in abgeben zu können, um deren/dessen Position innerhalb einer offenen Liste zu verbessern. In Bremen ist vollständiges Kumulieren gestattet, also die Möglichkeit, alle fünf Stimmen auf eine/n Kandidat/-in zu verteilen. Im süddeutschen Kommunalwahlrecht ist hingegen nur ein begrenztes, also eingeschränktes Kumulieren vorgesehen (vgl. <http://www.wahlrecht.de/lexikon/kumulieren.html>).

³ Vgl. <http://www.landeswahlleiter.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen192.c.2269.de>.

⁴ Vgl. <http://www.landeswahlleiter.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen192.c.2269.de>.

I. Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung

Tabelle: Das Ergebnis im Überblick (Stand: 24. Mai 2011, 12:00 Uhr)

	BTW 2009	LTW 2007	Bremen Land	Bremen Stadt	Bremer- haven	Sitze		
						Gesamt	Bremen	Brhv.
SPD	30,2%	36,7%	38,6%	39,3%	34,3%	36 /+4	30	6 /+1
CDU	23,9%	25,6%	20,4%	20,2%	20,1%	20 /-3	16	4
Grüne	15,4%	16,5%	22,5%	22,6%	21,8%	21 /+7	17	4 /+2
DIE LINKE	14,3%	8,4%	5,6%	6,1%	4,6%	4 /-3	4	0 /-1
FDP	10,6%	6,0%	2,4%	2,3%	3,1%	0 /-5	0	0 /-1
BIW			3,7%	3,1%	7,1%	1	0	1
Andere	5,6%	6,7%	6,8%	6,4%	9,1%			

Basis: Vorläufiges amtliches Endergebnis in Bremerhaven; Hochrechnung auf der Basis von ausgezählten 43% (!) der Stimmzettel.

a) Wahlbeteiligung, neues Wahlrecht und Parteiergebnisse – ohne DIE LINKE

Konkrete Angaben zur **Wahlbeteiligung** bei den Bremer Wahlen 2011 liegen auch am Montag, dem 23. Mai 2011 noch nicht vor. Allgemein wird jedoch von einer gesunkenen Wahlbeteiligung ausgegangen – und damit der Fortsetzung eines Trends, der seit 1983 zu verzeichnen ist. In Bremerhaven fällt dieser Rückgang in der Regel stärker aus als in der Stadt Bremen. „Während 1983 noch ca. 80% der wahlberechtigten Bürger an der Bürgerschaftswahl teilnahmen, reduzierte sich die Wahlbeteiligung in nur drei Wahlperioden im gesamten Bundesland um ca. 11%, in Bremerhaven von 73% auf 61%“.⁵

Bei der Bürgerschaftswahl 2007 lag die Wahlbeteiligung in Bremerhaven bei 52,6%, die Wahlbeteiligung im Land Bremen erreichte aufgrund der höheren Einwohnerzahl der Stadt Bremen und der dortigen Wahlbeteiligung von etwas über 58% immerhin einen Stand von 57,5%. Diese Wahlbeteiligung wurde bei den Wahlen 2011 unterschritten. Schon die 16-Uhr-Werte lagen im Schnitt 5% unter denen des Jahres 2007.⁶ In Bremerhaven stimmten 2011 mit 48,1% erstmals weniger als 50% der Wahlberechtigten ab, für das Stadtgebiet Bremen wurde von einer Wahlbeteiligung von 58,5% ausgegangen.⁷

Angesichts der gesunkenen Wahlbeteiligung ist zu vermuten, dass alle Parteien, mit Ausnahme der Grünen, Wählerinnen und Wähler verloren haben – auch wenn sie prozentuale Anteile gewannen wie die SPD.

Das **neue Wahlrecht** gab den Wähler/-innen erstmals die Möglichkeit, fünf Stimmen kumulierend oder panaschierend zu vergeben und es durften darüber hinaus erstmals die 16- und 17-Jährigen Einwohner/-innen an der Bürgerschaftswahl teilnehmen.

Nach Infratest dimap wählten 70% der Wähler/-innen mit allen fünf Stimmen eine Partei, während 30% die Möglichkeit nutzten, mehrere Parteien zu wählen.

Die Forschungsgruppe Wahlen ermittelte einen Wert von 68% (eine Partei) zu 32% (mehrere Parteien) und wertete diese Daten nach Altersgruppen und Bildungsstand aus. Dabei zeigt sich, dass die Jüngeren Wähler/-innen ihre Stimmen splitteten, während mit zunehmendem Alter die Stimmenkonzentration zunimmt.

⁵ Lothar Probst 2008, Das Parteiensystem in Bremen, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden, S.208.

⁶ Vgl. <http://www.landeswahlleiter.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen192.c.2384.de>.

⁷ http://www.wahlen-bremen.de:8080/internet/javaecht/bueg11_stadt_bhv/index.html.

Mit dem Bildungsabschluss steigt auch die Bereitschaft zum Stimmensplitting, wobei die Gruppe der Abiturient/-innen den Spitzenwert einnimmt, da mit Erreichen des Hochschulabschlusses altersmäßig die Splittingbereitschaft wieder abzusinken scheint.

Tabelle: Vergabe der Stimmen an mehrere Parteien nach Alter und Bildungsstand

Gesamt	>30 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	+60
32	45	35	32	24
Gesamt	Hauptschule	Mittlere Reife	Abitur	Hochschulabschl.
32	21	31	39	37

Quelle: http://wahltool.zdf.de/hb/_html5/indexc.html?

Rot-Grüne Regierungsparteien als „wechselseitige Zugewinnungsgemeinschaft“⁸: Beide Regierungsparteien können nach vierjähriger Amtszeit zulegen, während alle Oppositionsparteien zum Teil deutlich geschwächt werden. Eine vergleichbare Situation gab es bereits bei der Bürgerschaftswahl 1999, als sich die damalige Große Koalition unter Henning Scherf zur Wiederwahl stellte.

Im Wahlergebnis drückt sich eine hohe Zufriedenheit der Bremer und Bremerinnen mit der Regierungstätigkeit von SPD und Grünen aus, aber auch die mangelnde Fähigkeit und Attraktivität der Oppositionsparteien, eine Wechselstimmung zu schaffen.

Eine Ursache dafür ist die Popularität von Regierungschef Böhrnsen. Eine weitere ist der bundespolitische Aufwind der Grünen. Hinzu kommen die desaströse bundespolitische Entwicklung bei der FDP, die anhaltende innere Schwäche der Union und eine fehlende bzw. mindestens unklare strategische Funktion der LINKEN angesichts der Stärke von Rot-Grün.

Die **SPD** bleibt auch im sechsten Jahrzehnt Regierungspartei in Bremen. Sie liegt deutlich vor den Grünen – musste also zu keinem Zeitpunkt um die Wiederholung baden-württembergischer Verhältnisse bangen, was sie vor allem ihrem Spitzenkandidaten verdankt. Sollte sich das Ergebnis der Hochrechnung (Maßstab im Weiteren: Infratest dimap 23:47 Uhr) bestätigen, konnte die SPD zwar gegenüber 2007 um 1,6% zulegen, würde damit aber gleichwohl das drittschlechteste Ergebnis seit 1947 erreichen. Schlechter lag sie nur 2007 (36,7%) und 1995 (33,4%).

Die **Grünen** setzen ihren bundesweiten Aufschwung fort. Ihre Wähler/-innenschaft in Bremen hat durchaus Züge einer städtischen „Volkspartei neuen Typs“ (H. Prantl).

Sie erreichen gleich zwei Rekorde bei dieser Bürgerschaftswahl. Zum einen steigen sie erstmals in einem deutschen Landtag und damit auch in Bremen zur zweitstärksten Partei im Parlament auf. Zum anderen gelingt es Ihnen mit 22,7% (Hochrechnung), nicht nur über die 20%-Marke zu klettern, sondern das beste Wahlergebnis bei einer Bürgerschaftswahl in Bremen zu erreichen. Vom Stimmeneinbruch 1999 (8,9%) abgesehen, lagen die Grünen bei den letzten Wahlen jeweils zweistellig (2007: 16,5%, 1995: 13,1%, 2003: 12,7%).

Die Zustimmung für die Grünen ist, ausweislich der Erkenntnisse von Infratest dimap, bundespolitisch geborgt. Denn für die Gewinne der Grünen wurden zu 40% die Politik auf Bundesebene und zu 9% die Politik in Bremen verantwortlich gemacht.⁹

Angesichts dieser Ergebnisse für die beiden Parteien macht es Sinn, einen Blick auf das Parteienbündnis **Rot-Grün** insgesamt zu werfen. Das Bündnis legt zu und stärkt damit die Erwartung, 2013 Schwarzgelb ablösen zu können. Allerdings sind nicht die Sozialdemokraten die dynamische, ausstrahlende Kraft dieses Bündnisses (wie noch 1998), sondern die Grünen (als „Lebensstil-Partei“).

⁸ Vgl. Probst 2008, a.a.O., S. 210.

⁹ <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2011-05-22-LT-DE-HB/umfrage-aktuellethemen.shtml>.

Diese geraten mehr und mehr in die strategisch günstige Option, sowohl mit SPD als auch mit Union im Bund aber auch einigen Ländern Regierungspartei werden zu können. Gegenwärtig erscheint es so, als könnte sich bundespolitisch die Frage der künftigen Regierungsbildung auf eine Konstellationsfrage zwischen drei Parteien verengen, weil die FDP zu schwach ist, um einer anderen Partei zur Regierungsmacht verhelfen zu können und DIE LINKE von den Grünen nicht benötigt wird.

Schwarz-Gelb als Bündnis und Regierungskonstellation im Bund muss eine weitere Niederlage hinnehmen – und zwar in der Rolle der Opposition zu Rot-Grün. Schwarz-Gelb verfügt augenscheinlich immer weniger über die Fähigkeit, Mehrheiten bilden zu können. Es ist lange her, dass diese Regierungskoalition eine Wahl gewonnen hat (Niedersachsen 2007 bzw. Hessen 2008). Der innerparteiliche Druck auf die Kanzlerin wird steigen.

Schwarz-Gelb im Einzelnen: Die **FDP** fliegt, wenige Tage nach der Inthronisation der neuen Führung, aus einem weiteren Landesparlament. Die Frühjahrswahlen 2011 waren für die Partei verheerend und das Hamburger Wahlergebnis – um im Bild zu bleiben – die berühmte Schwalbe, die noch keinen Sommer macht.

Nachdem es der Partei in Bremen bei der vergangenen Bürgerschaftswahl erstmals nach drei außerparlamentarischen Wahlperioden gelungen war, wieder in das Landesparlament einzuziehen, muss sie sich nun wieder mit einem APO-Status begnügen. Hierfür ist, wie bei den Grünen, die bundespolitische Situation ausschlaggebend (44% Bundespolitik; 7% Bremer Politik).¹⁰

Die politische Nervosität in der neuen Parteiführung wird anhalten und wachsen. Das Bild der Partei wird geprägt von der Auffassung, dass sie sich zu sehr um „bestimmte Wählergruppen“ kümmere (75%) und in Bremen nicht gebraucht werde (65%). Nur 31% der befragten Wahlberechtigten in Bremen glauben, dass die neue Bundes-FDP-Führung auf dem richtigen Weg sei.¹¹

Die in Bremen generell nicht erfolgsverwöhnte **CDU** wird erstmals nur drittstärkste Kraft. Sollte sich das Ergebnis der Hochrechnung (20,1%) bestätigen, würde die CDU ihr fünftschlechtestes Wahlergebnis seit 1946 zur Kenntnis nehmen müssen (1946: 18,9%, 1955: 18,0%, 1959: 14,1%, 1951: 9,0%).

Mehr als die prozentualen Verluste wird der Platz hinter den Grünen die innerparteiliche Debatte um die politische Ausrichtung der Partei, die Führung von Merkel und die bevorstehenden Auseinandersetzungen mit der Energiewirtschaft u.a. befeuern und beeindrucken.

Von der Union heißt es, man wisse nicht, wofür die „CDU und Merkel wirklich stehen“ (79%). Aber auch Partei und Spitzenkandidatin konnten die Wähler/-innen nicht überzeugen. Mit jeweils 55% wurde beiden eine schlechte Performance bescheinigt.¹²

¹⁰ <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2011-05-22-LT-DE-HB/umfrage-aktuellethemen.shtml>.

¹¹ <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2011-05-22-LT-DE-HB/umfrage-aussagen.shtml>.

¹² Vgl. FN 8.

b) Das Ergebnis der Partei DIE LINKE.

DIE LINKE gehört zu den Verlierern des Wahlabends. In Bremerhaven hat sie 2,3% verloren und ist mit 4,6% unter der Sperrklausel gelandet. In der Stadt Bremen liegt sie beim derzeitigen Auszählungsstand knapp bei 6%, landesweit derzeit bei 5,6%.

Mit aller Vorsicht aufgrund des bislang nicht abgeschlossenen Auszählungsstandes ist dennoch nicht auszuschließen, dass sich aus diesen Ergebnissen nur noch vier Sitze in der Bürgerschaft ergäben. Damit wäre die Mindeststärke für die Fraktionsbildung verfehlt. Denn § 7 Abs. 1 Satz 1 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft regelt: *„Fraktionen sind Vereinigungen von mindestens fünf Abgeordneten der Bürgerschaft, die derselben Partei angehören oder von derselben Partei als Wahlbewerberinnen oder Wahlbewerber aufgestellt worden sind“*.¹³

Sollte sich tatsächlich herausstellen, dass DIE LINKE am Ende zwar in der Bürgerschaft vertreten ist, aber keinen Fraktionsstatus mehr erreicht, so wäre dies ein herber und schmerzhafter Rückschlag. Es wäre eine Gelb-Rote Karte. DIE LINKE bleibt noch im parlamentarischen Spiel, aber sie spielt eben in Unterzahl.

Erinnern wir uns: DIE LINKE ist im Mai 2007, wenige Wochen vor ihrem offiziellen Gründungsparteitag im Juni, in Bremen mit 8,4% gestartet. Ein Verlust von 2,8% bedeutet eine Schrumpfung um ein Drittel und ist weit entfernt vom Potential der letzten Bundestagswahl.

Für dieses Ergebnis lässt sich ein Bündel von Ursachen anführen:

- ein im Vorfeld feststehender Wahlsieg von Rotgrün, worunter die Mobilisierungsfähigkeit aller Oppositionsparteien litt,
- eine Enttäuschung in einem Teil der Wählerschaft, die sich, enttäuscht von anderen Parteien, von der LINKEN Verbesserungen ihrer Lebenslage erhofften, die die Partei in der Opposition nicht erfüllen konnte;
- das über viele Phasen von Streit und personellen Querelen geprägte Erscheinungsbild von Fraktion und Partei im Land;
- die unzureichende Klarheit und Attraktivität der Rolle einer linken Opposition zur rotgrünen Macht;
- die bundespolitischen Themensetzung;
- die politische Defensive der Bundespartei.

Keine dieser Ursachen lässt sich als besonders einflussreich herausheben. Besonders analysiert werden muss allerdings, warum DIE LINKE Verluste eingefahren hat, obwohl das Thema Soziale Gerechtigkeit für die Mehrheit der Wählerschaft das wahlentscheidende Thema war.

Auf der anderen Seite ist anzuführen: Die anderen Oppositionsparteien haben noch stärker verloren, die FDP ist gar nicht mehr im Parlament vertreten. Und nach den herben Niederlagen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ist bereits der Wiedereinzug ein politischer Gewinn.

Insgesamt gilt also: Die Partei hat unter schwierigen Voraussetzungen den Wiedereinzug in die Bürgerschaft geschafft. Die LINKE kann auch gegen ein wiedererstarktes rot-grünes Bündnis, bei verringerter Wahlbeteiligung und Verlusten der gesamten Opposition in Westdeutschland den Wiedereinzug in einen Landtag schaffen. Sie hat damit alle diejenigen Lügen gestraft, die nach den Niederlagen im Südwesten ihr ein erneutes Scheitern und den Anfang vom Ende ihrer parlamentarischen Präsenz in westdeutschen Landesparlamenten vorausgesagt hatten.

Aber das Ergebnis ist ein Nachdenk-Zettel für DIE LINKE. Es zeigt die schwierige Ausgangslage, in der sich die Partei in Bremen wie im Bund in strategischer und organisatorischer

¹³ Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft in der Fassung des Übernahmebeschlusses vom 28. Juni 2007 und der Änderungen vom 19. September 2007, vom 26. August 2009, vom 27. Januar 2010 <http://www.bremische-buergerschaft.de/index.php?id=138&L=0#c422>.

Hinsicht befindet. Das Wahlergebnis ist kein Grund zum Jubeln, sondern Anlass die Ärmel hochzukrempeln und die notwendigen Hausaufgaben zu machen – auch im Hinblick auf die kommenden Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Berlin.

Zu den LINKEN-Ergebnissen im Einzelnen: Im Bundesland Bremen muss sie, ausweislich der Hochrechnung, prozentuale Verluste in Höhe von knapp einem Drittel (-2,4%) vergegenwärtigen. In Bremerhaven landet sie nach endgültigem Wahlergebnis bei 4,6% und liegt damit unterhalb der symbolisch wichtigen 5%-Hürde.¹⁴ Im Stadtgebiet Bremen erreicht sie mit dem Hochrechnungsstand 23.5.2011, 10:42 Uhr immerhin 6% der abgegebenen Stimmen.

Nur in 37 der 95 Wahlbezirke Bremerhavens gelingt es der LINKEN 5% und mehr zu erreichen. Mit 14,2% ist das LINKE-Wahlergebnis im Wahlbezirk 195 (Bremerhaven) am höchsten und mit 1,1% im Wahlbezirk 13 (Bremerhaven) am niedrigsten.

¹⁴ http://www.wahlen-bremen.de:8080/internet/javaecht/bueg11_stadt_bhv/index.html.

II. Das Parteien- und Wahlsystem in Bremen

c) Das Parteiensystem in Bremen

Verschiedene Länder in der Bundesrepublik blicken auf Phasen von Regierungschefs zurück, die langfristig prägenden Einfluss auf die Entwicklung des Landes und der spezifischen Ausformung des jeweiligen Parteiensystems hatten.

Stadtstaaten wie Bremen, Hamburg und Berlin sind durch die Verknüpfung von Stadtstruktur und Landespolitik dafür in besonderer Weise geeignet. Probst stellt deshalb fest, dass es für Bremen fast nahe liegen könnte, die prägenden sozialdemokratischen Regierungschefs als Ausgangs- und Merkmale einer Erzählung des bremischen Parteiensystems zugrunde zu legen: „Es fällt (...) auf, dass fast 45 Jahre (...) maßgeblich durch drei Personen geprägt wurden, die die Interaktionsbeziehungen unter den Bremer Parteien maßgeblich bestimmt haben: Wilhelm Kaisen, Hans Koschnick und Henning Scherf. Insofern könnte man gewisse Entwicklungsphasen des Bremer Parteiensystems auch an die Regierungszeiten dieser drei Personen festmachen“.¹⁵

Tabelle: Bürgerschaftswahlergebnisse in Bremen 1946 bis 2008

Wahl	SPD		CDU		FDP/BDV		Grüne/GAL/BGL		Sonstige <5%	
	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
1946	47,6	51	18,9	12	18,3	12	-	-	KPD: 11,5	3
1947	41,6	46	21,9	24	19,4	17	-	-	KPD: 8,8	10
1951	39,1	43	9,0	9	11,8	12	-	-	DP: 14,7, SRP: 7,7, KPD: 6,4, GB/BHE : 5,6	16 8 6 4
1955	47,7	52	18,0	18	8,6	8	-	-	DP: 16,6 KPD: 5,0	18 4
1959	54,8	61	14,8	16	7,1	7	-	-	DP: 14,5	16
1963	54,7	57	28,8	31	8,3	8	-	-	DP: 5,2	4
1967	46,0	50	29,4	32	10,5	10	-	-	NPD: 8,8	8
1971	55,3	59	31,5	34	7,1	7	-	-	-	-
1975	48,7	52	33,7	35	12,9	13	-	-	-	-
1979	49,4	52	31,9	33	10,7	11	5,1	4	-	-
1983	51,3	58	33,3	37	4,5	-	5,4	5	-	-
1987	50,5	54	23,4	27	10,3	10	10,2	10	-	-
1991	38,7	41	30,6	32	9,4	10	11,3	11	DVU: 6,2	6
1995	33,4	37	32,6	37	3,3	-	13,0	14	AfB: 10,7	12
1999	42,5	47	37,1	42	2,5	-	8,9	10	-	-
2003	42,3	40	29,7	29	4,2	1	12,8	12	-	-
2007	36,7	32	25,6	23	5,9	5	16,4	14	LINKE: 8,4	7

Erläuterungen: KPD: Kommunistische Partei Deutschlands, SRP: Sozialistische Reichspartei (rechts-extrem), DP: Deutsche Partei, GB/BHE: Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten. In die Darstellung der Sitze sind nur diejenigen Parteien aufgenommen, die die 5%-Hürde übersprungen haben. Parteien, die aus Bremerhaven ein Mitglied in die gesamtbremische Bürgerschaft entsenden können, sind nicht aufgeführt. Sitze in der Bürgerschaft: 1946: 80, 1947-1999: 100, seit 2003: 83.

¹⁵ Probst 2008, a.a.O., S. 197.

Würde einem solchen Weg gefolgt werden, könnte die Geschichte des Bremer Parteiensystems wie folgt unterteilt werden:

- dem Bündnis aus SPD und bürgerlich-liberaler Kaufmannschaft unter Wilhelm Kaisen (1945-1965)
- der Alleinherrschaft der SPD unter Hans Koschnick (1971-1985)
- der Großen Koalition unter Henning Scherf (1995-2007).

Probst stellt jedoch zutreffend fest, dass eine solche Einteilung die jeweiligen Entwicklungen im Parteiensystem zu stark personalisieren, auf die SPD zuschneiden und im Übrigen generelle Trends, wie z.B. das Aufkommen Neuer Sozialer Bewegungen und damit die Erklärung für die Entstehung der Grünen vernachlässigen würde.¹⁶

Deshalb schlägt er eine Phaseneinteilung des Parteiensystems in Bremen vor, die wie folgt aussieht:¹⁷

- 1945-1947: Die Reorganisations- und Neuformierungsphase des Bremer Parteiensystems
- 1947-1959: Das Bündnis aus SPD und hanseatischem Bürgertum im fragmentierten Parteiensystem
- 1959-1971: Konzentration des Parteiensystems und Ende der Koalitionsregierungen aus SPD und hanseatisch-liberalem Bürgertum
- 1971-1991: Die Phase der SPD-Alleinregierung und der Wandel des Bremer Parteiensystems
- 1991-2007: Von der Ampel-Koalition zur Großen Koalition nach dem Ende der asymmetrischen Grundkonstellation.

Es ist in diesen Wahlberichten naturgemäß nicht der Raum, diese Darstellung in angemessener Breite zu referieren, weshalb Schwerpunkte gesetzt werden müssen. Zuvor lohnt sich jedoch die zusammenfassende Darstellung derjenigen Aspekte, die nach Probst das Land Bremen zu einer Ausnahmeerscheinung unter den deutschen Ländern machen:¹⁸

- Aufgrund seiner Konstituierung als Zwei-Städte-Staat besteht das Land aus zwei voneinander unabhängigen Wahlbereichen, in denen jeweils getrennt die 5%-Sperrklausel für den Parlamentseinzug gilt.
- Landes- und Kommunalpolitik sind strukturell miteinander verknüpft. So entscheiden die im Wahlbereich Bremen abgegebenen Stimmen zugleich über die Zusammensetzung der Bremischen Stadtbürgerschaft, dem Kommunalparlament. *„Daraus resultieren spezifische Kompetenzen, die von den Parlamentsfunktionen des Bundestages und anderer Landtage abweichen: So entscheidet die Bürgerschaft über die Einnahmen und Ausgaben des Landes und der Stadt Bremen.“*¹⁹
- Im bremischen Landesparlament sind die parlamentarische Ebene und die Verwaltungsebene im so genannten Deputationswesen, einer Kombination aus Verwaltungs- und Parlamentsausschüssen, unmittelbar miteinander verknüpft. Nach Probst bewegen sich die Deputation als *„ständige Parlamentsausschüsse in einer Grauzone zwischen Legislative und Exekutive“*.²⁰
- Bremen ist das einzige Bundesland, in dem die SPD seit 1946 ununterbrochen den Regierungschef und die stärkste Partei stellt. Zehn Wahlperioden lang konnte sie auf absolute Mehrheiten blicken, auch wenn sie einige dieser Wahlperioden – zur Einbindung des hanseatisch-liberalen Bürgertums – gegen Widerstände in der SPD Koalitionsregierungen einging.
- Der KPD gelang es 1955, als sie bereits in keinem anderen deutschen Landesparlament mehr vertreten war, noch die 5%-Hürde zu überspringen. Von 1946 bis zu ihrem Verbot war sie im Landesparlament vertreten. In den ersten beiden Wahlperioden bestand nicht nur die rechnerische Möglichkeit, sondern wurde in der SPD ernsthaft über die Bildung

¹⁶ Probst 2008, a.a.O., S. 198.

¹⁷ Probst 2008, a.a.O., S. 198ff.

¹⁸ Probst 2008, a.a.O., S. 193f.

¹⁹ http://www.bpb.de/wissen/00612623698173819269079552339315,2,0,Land_%28Freie_Hansestadt%29_Bremen.html.

²⁰ Probst 2008, a.a.O., S. 193.

einer „Arbeiterregierung“ aus beiden Parteien debattiert. Immerhin hatten beide Parteien, gemeinsam mit dem liberalen BDV, zwischen Juni 1945 und Januar 1948 miteinander die Landesregierung gestellt.²¹ Wegen Abweichung von der Parteilinie wurde gegen zwei amtierende KPD-Senatsmitglieder ein Parteiausschlussverfahren (Der KPD-Senator für Wohlfahrt, Arthur Ehlers war bereits 1924 und 1930 aus der KPD wegen „Rechtsabweichung“ ausgeschlossen worden) gestellt, dem diese durch Übertritt zur SPD zuvorkamen. Dafür rückten zwei weitere KPD-Senator/-innen nach, mit Käthe Popall die erste Frau im Bremer Senat.²²

- Aber auch rechtsextreme Parteien konnten wiederholt die Sperrklausel für das gesamte Wahlgebiet (NPD: 1967, DVU: 1991) oder für die Teilstadt Bremerhaven überspringen und zum Teil mehrere Wahlperioden hintereinander vertreten sein.
- In Bremen übersprangen die Grünen 1979 mit der Bremer Grünen Liste (BGL) erstmals die 5%-Hürde.
- Neben Brandenburg ist Bremen das einzige Bundesland, das über Erfahrungen mit einander Ampel-Koalition verfügt.
- Keine Große Koalition hat so lange Bestand gehabt wie in Bremen (1995-2007), selbst in Berlin (1990-2011) währte die Amtszeit, wenn auch nicht wesentlich, kürzer.
- Letztlich ist Bremen auch das erste westdeutsche Bundesland, in dem es der LINKEN gelang, in einen Landtag einzuziehen.

Wenn das Parteiensystem des Stadtstaates statt der oben angeführten Phaseneinteilung knapp anhand einiger spezifischer Merkmale wie Fragmentierung des Parteiensystems, Asymmetrie zwischen Regierung und Opposition sowie Mobilisierungsfähigkeit der Großparteien beschrieben werden soll, lässt sich festhalten:

Fragmentierung / Defragmentierung

Das Bremische Parteiensystem verzeichnet verschiedene Phasen der Fragmentierung, also eines Zustandes einer höheren Zahl als drei bis vier bei Wahlen erfolgreichen Parteien. In den Jahren 1946 bis 1959 waren zum Teil acht Parteien in der Bürgerschaft vertreten. Mit dem KPD-Verbotsurteil reduzierte sich die Zahl der Parteien auf letztlich vier, neben den drei „klassischen“ Parteien der damaligen Zeit (SPD, CDU, FDP) konnte noch die DP auf relevante Stimmenergebnisse blicken, bevor sie sich selbst auflöste und auf die drei verbliebenen Parlamentsparteien verteilte.

Sieht man vom einmaligen Einzug der NPD in die Bürgerschaft ab, fächerte sich mit dem erstmaligen Einzug der Grünen in die Bürgerschaft 1979 sich das Parteiensystem dauerhaft auf, auch wenn es sich parlamentarisch zwischen 1983 und 1979 auf drei Parteien (ohne FDP) reduzierte. Dies kann jedoch ebenso als ein nichtprägender Zeitraum gesehen werden, wie die Legislatur 1999-2003, als ebenfalls nur drei Parteien der Bürgerschaft angehörten.

Vielmehr ist der Zeitraum ab 1991 durch eine weitere Fragmentierung gekennzeichnet, bei der zum einen die DVU mit ihrer Hochburg Bremerhaven als auch das norddeutsche Stadtstaatenphänomen der liberal-rechtskonservativen Wählervereinigungen (Vgl. Hamburg: STATT-Partei bzw. Schill-Partei und Bremen: Arbeit für Bremen, AfB und nunmehr Bürger in Wut, BIW) temporäre Erscheinungen der Fragmentierung darstellen. Nicht zuletzt ist der erstmalige Einzug der LINKEN in die Bürgerschaft 2007 sowie die Bestätigung dieser parlamentarischen Vertretung bei der jüngsten Wahl möglicherweise eine dauerhafte Erweiterung des bremischen Parteiensystems in Richtung eines etablierten Fünf-Parteien-Systems. Dieses kann erfahrungsgemäß durch lokale Spezialfälle (vgl. BIW) temporär erweitert werden.

²¹ Vgl. Jens Ulrich Klocksinn 1993, Kommunisten im Parlament. Die KPD in Regierungen und Parlamenten der westdeutschen Besatzungszonen und der Bundesrepublik Deutschland (1945-1956), Bonn, S. 90ff.

²² Klocksinn 1993, a.a.O., S. 91.

Asymmetrie / Dominanz

Wie bereits ausgeführt und in der o.a. Tabelle dargestellt, prägt seit der ersten Nachkriegswahl die SPD als stärkste, phasenweise absolut dominierende Partei das Bremer Parteiensystem. Dabei sind Phasen einer extremen Asymmetrie zu verzeichnen (Vgl. das Ergebnis der Wahl 1959 und im Wesentlichen die 60er Jahre), die von Phasen einer Dominanz (vgl. 70er und 80er Jahre) zu unterscheiden sind.

Diese Asymmetrie zugunsten der SPD ist seit Beginn der 90er Jahre rückläufig und führte 1995 zu einem Patt zwischen Mitte-links und Mitte-rechts, bei Mandatsgleichheit von SPD und CDU. Dieser einmalige Vorgang stellte jedoch keinen Trendwechsel für die CDU dar, wie er mit der Machtübernahme der SPD in Rheinland-Pfalz nach jahrzehntelanger CDU-Dominanz erfolgte.

Vielmehr verharnte die CDU in einer Junior-Rolle zur SPD und muss nunmehr zur Kenntnis nehmen, dass sie nicht mehr nur die zweit-, sondern drittstärkste Partei ist.

Eine Asymmetrie besteht insofern, zählt man die Grünen zum linken Lager, zwischen den politischen Lagern zugunsten von Mitte-Links (unter Einschluss der LINKEN) gegenüber Mitte-Rechts. Die Dominanz der SPD im Bremer Parteiensystem ist jedoch im Rahmen der Bindendifferenzierung im Mitte-Links-Lager verloren gegangen.

Mobilisierungsfähigkeit

Bei der Bürgerschaftswahl von 1963 vereinigten SPD, CDU und FDP 92% der abgegebenen Wahlstimmen. Im Jahre 2007 entfielen auf diese drei Parteien gerade einmal 68,2%. SPD und CDU vereinigten 62,3% der abgegebenen Stimmen. Wie im gesamten Bundesgebiet gelingt es den beiden „Großparteien“ zunehmend weniger, dauerhaft zu Wahlen zu mobilisieren. Die Wahl 2011 kann zudem als ein möglicher Bruchpunkt dergestalt gesehen werden, dass die Definition der Großpartei statt der CDU künftig die Grünen umfassen muss. In Ostdeutschland treffen wir hinsichtlich der LINKEN auf eine ähnliche Situation. So kann in Sachsen hinsichtlich der SPD sicherlich nicht von einer Großpartei gesprochen werden und bestehen in den Ländern MV, ST, TH und BB mit SPD, LINKEN und CDU sicherlich drei vergleichbare Großparteien, die alle Schrumpfungprozesse vergegenwärtigen müssen.

d) Das Bremer Wahlsystem

Der nachstehende Abschnitt enthält in gekürzter Form die Darstellung des Bremer Wahlsystems durch den Bremer Landeswahlleiter.²³

Die Bremische Bürgerschaft ist das Landesparlament der Freien Hansestadt Bremen (83 Sitze). Die stadtbremischen Abgeordneten bilden zugleich das Kommunalparlament der Stadt Bremen, die Stadtbürgerschaft (68 Sitze). Die Stadt Bremerhaven hat eine eigene Stadtverordnetenversammlung (48 Sitze).

Von den 83 Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) werden 68 im Wahlbereich Bremen und 15 im Wahlbereich Bremerhaven gewählt. Die Wahlperiode beträgt 4 Jahre.

Bisher wurden die Landtags- und Kommunalwahlen im Lande Bremen nach einem reinen Verhältniswahlsystem mit starren Listen durchgeführt, wobei jeder Wähler jeweils nur eine Stimme hatte.

Die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft (18. Wahlperiode) sowie die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven (18. Wahlperiode) und die Wahlen zu den 22 Beiräten im Gebiet der Stadt Bremen (6. Wahlperiode) finden *am 22. Mai 2011 nach dem neuen Wahlrecht* statt:

Alle Wähler/-innen haben bei der Landtags- und Kommunalwahl jeweils fünf Stimmen, die beliebig auf verschiedene Parteien/Wählervereinigungen und/oder auf einzelne Wahlbewer-

²³ <http://www.landeswahlleiter.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen192.c.2264.de>.

ber verteilen kann; bei mehr als fünf Kreuzen auf dem Stimmzettel ist die Stimmabgabe ungültig.

Das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren gilt ab 2011 sowohl für die Landtags- als auch für die Kommunalwahlen.

Bei den Beirätewahlen im Gebiet der Stadt Bremen am 13. Mai 2007 durften die 16- und 17-Jährigen erstmalig an einer Kommunalwahl im Lande Bremen teilnehmen; die Wahlbeteiligung der Jugendlichen lag bei 44,3 %.

Im Land Bremen sind rund 501.200 deutsche Bürger/-innen zur Landtagswahl wahlberechtigt, davon 413.900 in der Stadt Bremen (196.500 Männer und 217.400 Frauen) sowie 87.300 in der Stadt Bremerhaven (42.300 Männer und 45.000 Frauen), sowie 20.300 Unionsbürger/-innen zu den Kommunalwahlen, davon 17.100 in der Stadt Bremen (8.600 Männer und 8.500 Frauen) sowie 3.200 in der Stadt Bremerhaven (1.700 Männer und 1.500 Frauen). Die Zahl der deutschen Erstwähler/-innen bei einer Bürgerschaftswahl liegt im Land Bremen bei rd. 34.600, davon 27,900 in der Stadt Bremen und 6,700 in der Stadt Bremerhaven.

III. Erkenntnisse der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen

a) Klares Votum für Rot-Grün unter Führung von Jens Böhrnsen (SPD)

Anders als im Vorfeld der Hamburg-Wahl, als zwischen Dezember 2010 und Februar 2011 insgesamt vier Ausgaben des sogenannten HamburgTREND von Infratest dimap erschienen, können für die Bremen-Wahl allein auf den BremenTREND von Mai 2011 sowie auf die am Wahlabend veröffentlichten Daten von Infratest dimap sowie der Forschungsgruppe Wahlen (FGW) zurückgegriffen werden.

Doch auch aus diesen vergleichsweise spärlichen öffentlich-zugänglichen Erhebungsergebnissen ist klar abzulesen, dass die Wahlberechtigten in Bremen klar für eine Fortsetzung des bestehenden Regierungsbündnisses unter Führung der SPD und des Senatspräsidenten Jens Böhrnsen votierten.

Die FGW ermittelte, dass bei einer Bewertung der Spitzenkandidat/-innen auf einer +5/-5-Skala der amtierende Senatspräsident den außergewöhnlich guten Wert von 2,6 (eigene Anhänger/-innen: 3,6) erhält. Die Herausforderin Mohr-Lüllmann von der CDU wird hingegen mit 0,3 (eigene Anhänger/-innen: 2,1) bewertet und liegt damit weit abgeschlagen noch hinter der grünen Spitzenkandidatin und immerhin Finanzsenatorin im Haushaltsnotlageland Bremen, die insgesamt mit 1,5 (eigene Anhänger/-innen: 2,7) bewertet wird.²⁴

Im BremenTREND von Mai 2011 spiegeln sich die von der FGW ermittelten Erkenntnisse auch in den Daten von Infratest dimap wieder. Mit einer Zufriedenheit von 69% gegenüber 16% Unzufriedenheit und bei einer Bekanntheit von 86% liegt Böhrnsen eindeutig an der Spitze gegenüber allen anderen Kandidat/-innen, die zusammen auf einen Zufriedenheitswert von 73% kommen.

Tabelle: Politikerzufriedenheit, Mai 2011 (in%)

	Sehr zufrieden / zufrieden	Weniger zufrieden / gar nicht zufrieden	Bekanntheit
Hr. Böhrnsen (SPD)	69	16	86
Fr. Linnert (Grüne)	38	24	64
Fr. Mohr-Lüllmann (CDU)	16	27	44
Fr. Vogt (LINKE)	10	14	25
Hr. Möllenstädt (FDP)	9	28	38

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/Bremen/laendertrend

Für den fiktiven Fall einer Direktwahl des Senatspräsidenten hätten sich mit 13% für die CDU-Herausforderin und 18% für die grüne Spitzenkandidatin jeweils mehr als 50% der Befragten für Böhrnsen von der SPD entschieden.

Tabelle: Kandidat/-innen im Vergleich beim fiktiven Fall einer Direktwahl Senatspräsident (in %)

	Zustimmung zu		
	Böhrnsen	Linnert	Mohr-Lüllmann
Infratest dimap	71	18	-
Forschungsgruppe Wahlen	67	-	13

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bremen/laendertrend sowie FGW-Newsletter

Im Vergleich mit der CDU-Herausforderin erhielt Herr Böhrnsen jeweils höhere Zustimmungswerte als im Vergleich mit der grünen Spitzenkandidatin. Selbst die eigene Anhänger-schaft votierte mit 84% zwar immer noch überragend für Böhrnsen, doch wären mit 11%

²⁴ Vgl. Forschungsgruppe Wahlen 2011, Bürgerschaftswahl im Land Bremen. 22. Mai 2011. Newsletter, S. 1.

mehr SPD-Anhänger/-innen bereit gewesen, für die grüne Spitzenkandidatin als für den SPD-Amtsinhaber zu stimmen. Dass die Grünen das Bündnis mit der SPD fortsetzen und nicht mit einer eigenen Herausforderin ins Rennen gingen, lässt sich unter anderem daran ermesen, dass mit 55% immerhin 22% mehr Anhänger/-innen der Grünen für Böhrnsen als für Frau Linnert sich aussprachen.

Tabelle: Direktwahl-Vergleich nach Parteianhänger/-innen, Mai 2011 (in%)

Parteianhänger/-innen von	Direktwahl-Vergleich SPD vs. CDU		Direktwahl-Vergleich SPD vs. Grüne	
	Hr. Böhrnsen	Fr. Mohr-Lüllmann	Hr. Böhrnsen	Fr. Linnert
Gesamt	70	12	66	18
SPD	90	3	84	11
CDU	40	45	62	21
Grüne	80	6	55	33
LINKE	70	10	64	6

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bremen/laendertrend

Überraschend ist die Positionierung der Anhänger/-innen der LINKEN. Während im SPD-CDU-Vergleich 70% für Böhrnsen und 10% für die CDU-Herausforderin votiert hätten, während 16% keinen von Beiden die Zustimmung gegeben hätten, konnten sich die Wahl der grünen Spitzenkandidatin signifikant weniger LINKE-Anhänger/-innen vorstellen. Bei einer Direktwahl von Böhrnsen und Linnert hätten 23% der LINKEN-Anhänger/-innen für keinen von Beiden gestimmt. Es wäre interessant herauszufinden, ob diese Positionierung in der mit dem Amt der Finanzsenatorin ausgestatteten Person Frau Linnert begründet liegt oder möglicherweise auch ein Ergebnis des seit den Südwest-Wahlen verstärkten und vielfach destruktiven „Grünen-Bashings“ seitens der LINKEN darstellt.

Der Profilvergleich zwischen den Spitzenkandidaten von SPD und CDU verdeutlicht ein weiteres Mal die klare Überlegenheit des Amtsinhabers gegenüber der Herausforderin. Böhrnsen liegt in allen Feldern vor Frau Mohr-Lüllmann.

Tabelle: Profilvergleich Ahlhaus - Scholz, Januar 2011 (in%)

	Böhrnsen	Mohr-Lüllmann
Ist die stärkere Führungsperson	69	9
Ist bürgernäher	63	10
Ist sympathischer	61	15
Ist glaubwürdiger	59	12
Böhrnsen ist ein Bürgermeister, auf den die Stadt stolz sein kann	74	-
Mohr-Lüllmann hat nicht das Format, Bürgermeisterin zu werden	-	55

Quelle: <http://wahlarhiv.tagesschau.de/wahlen/2011-05-22-LT-DE-HB/umfrage-kandidat.shtml>

Hinsichtlich der Koalitionspräferenzen waren die Aussagen der befragten SPD-Anhänger/-innen eindeutig: Mit 87% befürworteten sie eine Fortsetzung von Rot-Grün im Vergleich zu 53%, die sich eine Wiederauflage der lange Zeit in Bremen üblichen SPD-Alleinregierungen wünschten. Die Grünen-Wähler/-innen sprachen sich zu 94% für Rot-Grün und zu gerade einmal 8% für eine schwarz-grüne Koalition, die im Fall der Fälle nach dieser Wahl ein grün-schwarzes Bündnis geworden wäre, aus.²⁵

²⁵ <http://wahlarhiv.tagesschau.de/wahlen/2011-05-22-LT-DE-HB/umfrage-regierung.shtml>.

b) Parteienkompetenzen und Parteieigenschaften

Die Forschungsgruppe Wahlen ermittelte die Parteikompetenzen in Bremen. Bedauerlicherweise veröffentlichte sie die Daten nicht für alle Parteien, sondern allein für SPD, CDU und Grüne, während Infratest dimap zu diesem Thema im Vorfeld der Bremen-Wahl überhaupt keine Aussagen veröffentlichte.

Tabelle: Parteienkompetenzen – Mai 2011 (in%)

	SPD	CDU	Grüne	Weiß nicht	Keine Partei
Finanzen	26	24	10	16	19
Arbeitsplätze	37	22	8	16	11
Schule / Bildung	27	18	19	18	10
Kriminalität	30	22	4	23	12
Verkehr	28	18	22	22	7
Wirtschaft	37	17	7	15	19
Zukunft allgemein	36	17	13	17	12

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen 2011, Bremen-Wahlnewsletter

Bei den Parteikompetenzen „profilieren sich die Grünen in den für die Bremer Bürger wichtigen Bereichen Bildung und Schule oder Verkehr, wo sie inzwischen etwas mehr Zuspruch erfahren als die CDU“.²⁶ Insgesamt dominiert die SPD jedoch die Parteienkompetenzfelder und erreicht bei der wahlpsychologisch wichtigen Frage, welche Partei am besten die Zukunft des Gemeinwesens gestalten könne, mit 36% mehr Zustimmung als CDU und Grüne zusammen.

Am Wahlabend veröffentlichte infratest dimap eine Darstellung der Kompetenzen der Parteien aus Sicht der Wahlberechtigten. Anders als im ca. zwei Monate später erscheinenden WahlREPORT wurden bei dieser Darstellung nach Parteien nur ausgewählte Kompetenzfelder veröffentlicht, wie nachstehende Tabelle zeigt. Die SPD kann bei den Kompetenzfeldern zum Teil massiv zulegen, muss aber bei der sozialen Gerechtigkeit einen Prozentpunkt abgeben. Die Ergebnisse der CDU sind ein deutlicher Vertrauensverlust in die langjährige Regierungspartei. Bei den Themen Wirtschaftspolitik, Schuldenabbau und der Schaffung von Arbeitsplätzen muss sie jeweils zweistellige Vertrauensverluste hinnehmen. Allein bei der Bildungspolitik kann sie sich mit einem Zugewinn von einem Prozentpunkt faktisch stabilisieren. Die Grünen legen insgesamt zu, bei der Umweltpolitik mit 17% am Stärksten. DIE LINKE kann sich auf niedrigem Niveau steigern.

Tabelle: Kompetenzen der Parteien mit GuV im Vergleich zu 2007

	SPD		CDU		Grüne		LINKE	
	2011	2007	2011	2007	2011	2007	2011	2007
Soziale Gerechtigkeit	50	-1	-	-	-	-	9	2
Arbeitsplätze	47	14	24	-11	-	-	-	-
Wirtschaft	45	14	30	-13	-	-	-	-
Gute Kinderbetreuung	44	1			21	7	4	1
Gute Bildungspolitik	-	-	27	1	-	-	3	1
Schuldenabbau	-	-	25	-13	-	-	-	-
Gute Umweltpolitik	-	-			72	17	-	-
Integration	-	-			25	5	-	-

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-HB/umfrage-kompetenz.shtml>.

²⁶ Forschungsgruppe Wahlen 2011, a.a.O., S. 2.

c) Die wichtigsten Probleme in Bremen und wahlentscheidende Themen

Bremen befindet sich seit vielen Jahren in einer extremen Haushaltsnotlage. Mangels ausreichender Wirtschafts- und Finanzkraft ist es nicht in der Lage, aus eigener Kraft die Überschuldung zu überwinden. Bereits am Tag nach der Bürgerschaftswahl wurde die finanzpolitische Herausforderung der zu bestimmenden rot-grünen Landesregierung deutlich, denn der Stabilitätsrat debattierte über die Frage, ob Bremen sowie den Ländern Berlin, Saarland und Schleswig-Holstein ein mehrjähriges Sanierungsprogramm, das halbjährlich überprüft würde, auferlegt werden solle.²⁷

Tabelle: Die wichtigsten Probleme in Bremen – FGW und Infratest dimap (in%)

	FGW	Infratest dimap
Finanzlage / Schulden	36	28
Arbeitsplätze / Arbeitslosigkeit	29	35
Schule / Bildung	27	34
Kriminalität	13	-
Verkehr	12	-

Eigene Darstellung

Dementsprechend sind die Themen Finanzlage, Arbeitslosigkeit auf den Plätzen 1 und 2 der Problemnennungen, wobei sich in der Problemnennung Bremerhavens die besondere arbeitsmarktpolitische Dramatik in den Augen der Wähler/-innen widerspiegelt.

Tabelle: Die wichtigsten Probleme in Bremen nach Teilstädten (in%)

	Bremen	Bremerhaven
Bildung	36	23
Verschuldung des Landes	31	-
Arbeitslosigkeit	-	69

<http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2011-05-22-LT-DE-HB/umfrage-wahlentscheidend.shtml>

Die nachfolgende Tabelle stellt die wahlentscheidenden Themen für die Bremer Bürgerschaftswahl dar. Absolut dominierendes Thema der LINKEN-Wähler/-innen ist die Soziale Gerechtigkeit (59%), gefolgt von der Arbeitsmarktpolitik (28%). Bei den Grünen dominieren Umweltpolitik (53%) und Energiepolitik (39%) die Agenda. Gemeinsam mit der Bildungspolitik sind dies auch die drei wichtigsten für Wähler/-innen, die bei dieser Wahl zu den Grünen wanderten.

Tabelle: Wahlentscheidende Themen

	Gesamt	SPD	CDU	Grünen	LINKEN	Abwanderer CDU	Zuwanderer Grüne
Wirtschaftspolitik	29	29	49	-	18	29	-
Innere Sicherheit	-	-	-	-	-	26	-
Soziale Gerechtigkeit	31	37	-	32	59	18	-
Arbeitsmarktpolitik / Arbeitslosigkeit	-	23	19	-	28	17	23
Umweltpolitik	23	-	-	53	-	-	45
Energiepolitik	-	-	-	39	-	-	32
Bildungspolitik	23	21	25	24	21	-	32
Verschuldung	-	-	-	-	-	-	-
Innere Sicherheit	-	-	26	-	-	-	-

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-HB/umfrage-kompetenz.shtml>.

²⁷ <http://www.tagesschau.de/inland/stabilitaetsrat110.html>.

d) Ansichten über die Parteien

Im Vorfeld der Wahl befragte Infratest-dimap die Wahlberechtigten auch über ihre Ansichten zu den zur Wahl stehenden Parteien.

Hinsichtlich der SPD teilten 82% der Befragten die Auffassung, dass diese Partei „zu Bremen passe“. 74% der Befragten waren der Meinung, dass „Böhrnsen ein Bürgermeister ist, auf den die Stadt stolz sein kann“. Weitere 61% meinten, dass die SPD sich am stärksten um sozialen Ausgleich bemühe, wenngleich 65% die Antwortmöglichkeit bejahten, dass „man nicht weiß, welche Politik die SPD in Berlin eigentlich vertritt“, wobei Berlin hier als Synonym für die Bundespolitik zu sehen ist.

Hinsichtlich der CDU stimmten 79% der Aussage zu, dass man „bei der CDU und Merkel nicht (weiß), wofür sie wirklich stehen“. 68% der Befragten bejahten die Aussage, dass die CDU die Interessen der Arbeitnehmer vernachlässige und 55% waren der Ansicht, dass die Partei zu zerstritten sei, um in Bremen regieren zu können.

Den Grünen halten die Bremer/-innen mit 79% zugute, dass sie beim „Atomausstieg schon immer einen klaren Kurs gehabt haben“ und waren zu 69% der Meinung, dass diese Partei im Senat ein wichtiges Gegengewicht zur SPD sei, sich um Themen kümmere, die andere Parteien vernachlässigen (67%) und seit dem Regierungseintritt der Grünen 2007 mehr für die Umwelt getan werde (67%).

Befragt nach den Auffassungen zu den LINKEN waren wieder einmal 76% der Befragten der Auffassung, dass diese Partei zwar keine Probleme löse, aber die Dinge wenigstens beim Namen nenne. Insgesamt setze sich die LINKE am stärksten für die sozial Schwachen ein (46%). Dass sie in der Bürgerschaft keine ordentliche Politik gemacht habe, meinten 62% der Befragten, wobei hier gewisse Ressentiments gegenüber der LINKEN möglicherweise Einfluss auf die Antwort gehabt haben können.

IV. Das Wahlergebnis und die Auswirkungen auf Bundesrat und LT-Wahlen

a) Auswirkungen auf den Bundesrat

Die Bürgerschaftswahl in Bremen hat keine Auswirkungen auf die Stimmverhältnisse im Bundesrat, da die bestehende Koalition fortgesetzt wird. Das Mitte-Links-Lager verfügt über dreißig Sitze, bestehend aus:

- den rot-grün regierten Ländern Nordrhein-Westfalen (6), Baden-Württemberg (6), Rheinland-Pfalz (4) und Bremen (3),
- den rot-roten Ländern Berlin und Brandenburg (jeweils 4) und
- der SPD-Alleinregierung in Hamburg (3).

Tabelle: Bundesratszusammensetzung nach der Bürgerschaftswahl in Bremen

Land	Stimmen	Schwarz-Rot Große Koalition	Rot-Schwarz Koalition	Schwarz-Gelb	SPD-Allein	Rot-Rot	SPD-Grüne Rot-Grün	Grüne-SPD	Jamaika
BW								6	
BY	6			6					
BE	4					4			
BB	4					4			
HB	3						3		
HH	3				3				
HE	5			5					
MV	3		3						
NI	6			6					
NW	6						6		
RP	4						4		
SL	3								3
SN	4			4					
ST	4	4							
SH	4			4					
TH	4	4							
Gesamt	69	8	3	25	3	8	13	6	3
		11					19		

Seit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 verfügen Union und FDP im Bundesrat über keine Mehrheit mehr. Die von ihnen regierten Länder stellen seit den Wahlen vom 27. März zusammen noch 25 der insgesamt 69 Stimmen.

Das „neutrale“ Lager hat – sofern im Ergebnis der schwarz-roten Sondierungen in Sachsen-Anhalt ein Bündnis aus CDU und SPD gebildet werden sollte – 14 Stimmen inne. Diese beruhen auf jenen vier Bundesländern, die von Parteien regiert werden, die sich im Bund als Konkurrenten gegenüberstehen: die CDU/SPD-Koalitionen in Sachsen-Anhalt und Thüringen, die SPD/CDU-Regierung in Mecklenburg-Vorpommern und das Jamaikabündnis an der Saar.

Eine rot-rot-grüne Alternative im Bundesrat zur schwarz-gelben Bundesregierung wäre erst möglich im Falle eines Regierungswechsels in Mecklenburg-Vorpommern zu rot-rot und bei einem Wechsel zu rot-grün in Schleswig-Holstein im Jahre 2012.

b) Kein Regierungswechsel bei mittlerem Zufriedenheitswert mit dem Senat

In Bremen fand bei dieser Bürgerschaftswahl bei mittlerem Zustimmungswert zur Arbeit der Landesregierung kein Regierungswechsel statt. Wir differenzieren in den Wahlnachtberichten hinsichtlich des Wechsels einer Regierung zwischen drei Varianten:

- Einem großen Regierungswechsel. Dies ist entweder der komplette Austausch der die Regierung stellenden Parteien oder ein signifikanter Wechsel der politischen Regierungsprogrammatis. In letztere Kategorie fällt der Wechsel der FDP 1982 von der sozial-liberalen Koalition unter Schmidt zur schwarz-gelben Koalition unter Kohl oder der Wechsel der Berliner SPD vom Bündnis mit der CDU zum rot-roten Senat 2002.
- Dem kleinen Regierungswechsel, also dem Austausch eines der Regierungsparteien, wobei dies in der Regel den Verbleib der größeren Regierungspartei bedeutet, während der kleinere Partner ausgetauscht wird. Ein „kleiner Wechsel“ liegt jedoch auch dann vor, wenn die größere Regierungspartei des bisherigen kleineren Partners verlustig geht und allein weiter regieren kann. Das bestimmende Merkmal ist die Aufrechterhaltung der wesentlichen politischen Programmatis der betreffenden Regierung.
- Kein Regierungswechsel liegt vor, wenn kein Austausch der die Regierung stellenden Parteien vorgenommen wird.

Tabelle: Zufriedenheitswert mit der Regierung und möglicher Regierungswechsel im Vergleich

Land	Wahljahr	Zufriedenheitswert	Regierungswechsel			Kommentar
			Großer Wechsel	Kleiner Wechsel	Kein Wechsel	
BY	2003	65%			X	
RP	2006	60%		X		
SL	2004	60%			X	
BW	2006	58%			X	
SN	2009	58%		X		
SN	2004	56%			X	
HE	2003	55%		X		
NI	2003	52%			X	
HH	2008	49%		X		
RP	2011	48%		X		
HE	1999	48%	X			
BY	2008	48%		X		
HB	2003	48%			X	
SH	2005	48%	X		X	Wechsel nach Simonis-Sturz
HB	2011	46%			X	
SL	2009	43%		X		
Bund	2009	43%		X		
BW	2011	42%	X			
TH	2004	41%		X		
NW	2005	41%	X			
TH	2009	40%		X		
HH	2004	39%	X			
HE	2009	39%			X	
HB	2007	38%	X			
BE	2006	38%			X	Grüne und LINKE gleichauf
MV	2006	37%		X		

Fortsetzung Tabelle: Zufriedenheitswert mit der Regierung...

Land	Wahljahr	Zufriedenheitswert	Regierungswechsel			Kommentar
			Großer Wechsel	Kleiner Wechsel	Kein Wechsel	
ST	2006	36%		X		
HE	2008	36%	X			Wechsel kam nicht zustande
BB	2004	35%		X		
NI	2003	34%	X			
Bund	2005	25%	X			

Quelle: Infratest-dimap, verschiedene Ausgaben des WAHREPORT, eigene Zusammenstellung.

In der Auswertung der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 20. März 2011 widmeten wir uns erstmals der Frage nach den Bestimmungsmomenten einer erfolgreichen Wechselstimmung. Wir konstatierten, dass das Entstehen einer Wechselstimmung nicht allein aus der Unzufriedenheit mit der jeweiligen Regierung erklärt werden kann. Damit eine Wechselstimmung entsteht und sich durchsetzen kann, bedarf es folglich mehrerer Faktoren. Zudem differenziert das jeweils landespolitische Niveau der Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit, das zu einem vollständigen Regierungswechsel bzw. einem „kleinen Wechsel“ beitragen kann, stark.

Die vorstehende Tabelle zeigt den Grad der vor einer Wahl ausgedrückten Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit der jeweils amtierenden Regierung und möglichen Regierungswechseln. In den ersten drei Spalten werden differenziert nach Land bzw. Bund und Wahljahr die von Infratest-dimap erhobenen Zufriedenheitswerte aufgeführt. Als Zufriedenheitswert gilt die Summe der Zustimmung zur Aussage „Mit der Tätigkeit der Regierung bin ich sehr zufrieden“ oder „Mit der Tätigkeit der Regierung bin ich zufrieden“. Die nächsten drei Spalten stellen für die betreffende Gliederung (Land oder Bund) dar, ob es einen Regierungswechsel gab oder nicht, wiederum gegliedert nach großem Wechsel, kleinem Wechsel und nicht vorgenommenem Wechsel.

Befragt nach der Zufriedenheit mit dem Senat äußerten 46% der von Infratest dimap Befragten Zufriedenheit. Dieser Wert lag 8% über demjenigen von 2007, als ein Großer Regierungswechsel von Rot-Schwarz zu Rot-Grün vorgenommen wurde, aber unter den Werten der Wahlen von 1999 (51%) bzw. 2003 (48%) – jeweils kein Regierungswechsel.

Mit der Arbeit der SPD im Senat waren 55% der Befragten zufrieden, mit der Arbeit der Grünen 43%.

Dass ein CDU-geführter Senat die Probleme des Stadtstaates besser lösen könne, meinten 19% der Befragten.²⁸

Eine Wechselstimmung lag damit in weiter Ferne – ein Regierungswechsel war schon vor der Wahl ausgeschlossen.

²⁸ <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2011-05-22-LT-DE-HB/umfrage-regierung.shtml>.

V. Erste Analyse der Wahlergebnisse

Aufgrund des neuen Wahlrechts in Bremen und der Möglichkeit, fünf Stimmen zu vergeben, müssen bei dieser Wahlanalyse auf eine in den Wahlberichten üblichen Kategorien verzichtet werden. Eine Wähler/-innenwanderungstabelle ist derzeit ebenso wenig abzubilden, wie eine regionale Gliederung des Wahlergebnisses. Bei einer Aktualisierung des Wahlberichtes zum Ende der ersten Woche nach der Bürgerschaftswahl, werden diese Daten nachträglich eingefügt. Insoweit sind derzeit allein sozio-demographische Angaben möglich.

a) Sozio-demographische Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Altersgruppen

Jahre / Merkmal	SPD	CDU	Grüne	FDP	LINKE
16-17-Jährige	28	12	32	3	8
16-24	30	14	30	2	7
25-34	31	17	30	3	6
35-44	33	17	30	3	6
45-59	38	16	28	2	7
60+	46	28	12	3	4

<http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2011-05-22-LT-DE-HB/umfrage-alter.shtml>

Die SPD gewinnt an Zustimmung je älter die Wähler/-innen werden, während die CDU allein in der Gruppe über 60-jährigen und älteren Wähler/-innen ein überdurchschnittliches Ergebnis erreichen kann. Die Grünen wiederum erreichen in dieser Altersgruppe ein weit unterdurchschnittliches Ergebnis. Die LINKE erhält die meiste Zustimmung, wie immer, in der Gruppe der 45-59-jährigen Wähler/-innen.

b) Sozio-demographische Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Tätigkeit

Merkmal	SPD	CDU	Grüne	FDP	LINKE
Arbeiter	44	11	19	1	8
Angestellte	36	17	30	2	5
Selbständige	22	30	33	4	5
Rentner/-in	46	28	12	3	3
Arbeitslose	37	14	20	3	11

Quelle: <http://www.infratest-dimap.de> / In Klammern der Vergleich zu 2008

Die SPD schneidet am Stärksten bei Arbeitern, Angestellten und Rentnern ab. Die CDU ist bei den Selbständigen und Rentner/-innen am stärksten vertreten, bei den Arbeitern am wenigsten. Die LINKE erreicht bei den Arbeiter/-innen und den Arbeitslosen ein überdurchschnittliches Ergebnis, bei letzteren mit 11% fast doppelt so hoch als das Wahlergebnis für die Partei insgesamt.

c) Sozio-demographische Merkmale des Wahlergebnisses – hier: Geschlecht

Merkmal	SPD	CDU	Grüne	FDP	LINKE
Männer	37	21	21	3	6
Frauen	40	20	25	2	5

Quelle: <http://www.infratest-dimap.de> / In Klammern der Vergleich zu 2008

Mit Ausnahme von FDP und LINKEN schneiden die anderen drei Parteien bei den Wählerinnen besser ab, als bei den Wählern.

Wahlnachtberichte / Die Autoren / Vorbehalt

Zu den »Wahlnachtberichten«

Die »Wahlnachtberichte« sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs. Sie erscheinen seit der Europawahl 2004 jeweils zu den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen.

Die »Wahlnachtberichte« erscheinen nicht im Auftrag einer Partei oder Stiftung oder parteilichen Strömung. Beide Autoren geben in den »Wahlnachtberichten« ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder. Für Veranstaltungen stehen beide zur Verfügung.

Die »Wahlnachtberichte« und linke Wahlanalysen im Netz

Die Autoren der Wahlnachtberichte stellen diese Bewertung der Wahlen sowie weitere Texte zu Wahlen, Wahlkämpfen u.a. in ihrem Blog zur Verfügung:

<http://wahlanalysen.wordpress.com>.

Die Wahlanalysen können zudem unter www.benjamin-hoff.de abgerufen werden.

Zu den Autoren

Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff ist Sozialwissenschaftler und Honorarprofessor an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin. Er arbeitet derzeit für DIE LINKE als Staatssekretär im Senat von Berlin und lebt in Berlin.

Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler und Publizist. Er lebt in Berlin.

Vorbehalt

Diese Analyse entstand am 22. und 23. Mai 2011 und basiert auf den zu diesem Zeitpunkt eigenen Erkenntnissen, der öffentlich-zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen. (Die Auszählungsergebnisse – Übersichtstabelle - wurden letztmals am 24.5. um 12 Uhr aktualisiert.)

Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen. Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

* * *